

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffelung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sellenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Handeln und genießen.

„Man muß die Leute dahin bringen, daß sie die rechten Dinge nicht nur tun, sondern genießen.“  
Ruskin.

Man stelle sich eine Mutter von sechs unermwachsenen Kindern im häuslichen Kreise vor; den ganzen Tag über ruhen ihre Hände nicht, kaum kann sie sich einige Augenblicke der Erholung gönnen. Die Sorge für Kinder, Gatten und Heim nehmen ihre ganze Zeit und Kraft in Anspruch. Doch leuchtet aus ihren Augen stille Zufriedenheit; jede Bewegung, jede Tätigkeit verrät die innere Lust am Schaffen für die Ihrigen. Zu gleicher Zeit müht sich ihr Gatte in schwerer Arbeit auf der Werkstätte; seine Hand trägt Schwielen, und auf seiner Stirne stehen Schweißtröpfchen; man sieht ihm an, daß er es sich nicht bequem macht. Doch schaut er nicht unzufrieden und mürrisch drein; er meistert seine Arbeit, denn ist sie ihm lieb geworden. Dazu weiß er, daß seine Mühen Frau und Kindern gelten und daß er am Abend sich um so wohler am Tische der Seinen fühlt, wenn er sich sagen darf, daß er das Seine getan. Im Heime dieser Menschen findet sich die rechte Lebensharmonie. Sie harren nicht auf einen künftigen Glückszufall, träumen nicht von der Gewinnung des großen Loses oder einer Erbschaft. Jeder Tag bringt ihnen zu der Sorge auch die Freude, weil die tägliche Arbeit ihnen Lebensgenuß ist.

Wenn doch alle Menschen, die immer nur mit Erbitterung von diesem „Jammertale“ des Lebens reden. Ah das Glück der Arbeit erschließen wollten! Der Schlüssel dazu liegt in der Hand eines jeden, der sein „Ich“ beherrschen gelernt hat. Das sehnsüchtige Warten auf zukünftige Freuden und das Bauen von Luftschlossern schmälert die Kraft, am gegebenen Tage durch frische, unbezagte Arbeit die in jedem schlummernde Lebenslust zu wecken und zu heben. Wer überhaupt arbeiten kann, der muß es doch als Freude empfinden, wenn er erntet, was man alles an einem einzigen Tage leisten kann, wenn man die Arbeit ordnet, die Zeit zu rate hält, störende Hindernisse ferne hält und geradlinig bis zum geordneten Arbeitsziele hinstrebt.

Echten Lebensgenuß kann nur der haben, der auf seinem Arbeitsfelde den Boden mit Lust beackert, befruchtet und entsprechende gute Früchte erzielt.

### „Törichte Schachhüter“

„Wir können das Pfund, das in unsere Hände gelegt worden ist, unmöglich vergraben und uns wie törichte Schachhüter auf die Grube setzen.“ (Sozd. „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 1/1912.)

Eine nicht geringe Rolle spielt in der deutschen Arbeiterbewegung und im Widerstreit der Meinungen über ihre Richtung und Ausgestaltung die jeweilige Auffassung vom Wirtschaftsleben. Unsere christlichen Gewerkschaften nehmen die Dinge, wie sie einmal sind; resolut und entschlossen stellen sie sich auf den Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung. Im Interesse der ungestörten Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben verdrängen sie nicht ihre kostbare Zeit mit der Jagd nach utopischen Welterneuerungsplänen. Die mit der sozialdemokratischen Partei auf Gedeih und Verderb versippten „freien“ Gewerkschaften hingegen betonen immer wieder, daß sie bei ihrer Arbeit nie das sozialistische Endziel aus dem Auge verlieren. Grundzüge und Taktik der gewerkschaftlichen Arbeit, so betonen sie, hätten sich diesem Endziel unterzuordnen. „Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“, so „lehrt“ die „freie“ Metallarbeiterzeitung noch in ihrer Nummer 1/1912, „wird durch eine höhere, sozialistische Ordnung ersetzt werden, für die die Sozialdemokratie kämpft.“ Auch das Blatt der „freien“ Heizer und Maschinenisten läßt an der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kein gutes Haar und ruft seinen Anhängern in der Nr. 2/1912 an leitender Stelle zu: „Nicht Schutzgeld, nicht Freihandel, sondern — Sozialismus!“

Die sozialistische Wirtschaftsordnung, das also wäre das Ziel, auf das die „freien“ Gewerkschaften ihre Arbeit einzustellen gewillt sind. Deshalb kämpfen sie mit der radikalen Parteipresse Hand in Hand gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung. Phrase und Schlagwort triumphieren hier wie dort. Bis zum Ueberdruß läßt man hier namentlich auf die alte abgedroschene Redensart, Staat und Regierung seien lediglich der Verwaltungsausschuß der herrschenden kapitalistischen Klassen; alle Arbeit zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes werde deshalb von diesen stets wieder hintertrieben durch „Wucherzölle“, „indirekte Steuern“ und sonstige „Raubzüge auf die Taschen des arbeitenden Volkes“. Es wäre schlimm, wenn es so wäre; die „freie“ Gewerkschaftsbewegung könnte dann ruhig ihre „Bude zu machen“ und die Massen der Bearbeitung durch die „Katerschen Ungrahnen“ überlassen. — Aber es ist eben nicht wahr, was man den Massen da vorfunkelt, um sie fest im Glauben an die verheißene sozialistische Wirtschaftsord-

nung zu erhalten. Reichstagsabgeordneter „Genosse“ Lindemann bescheinigte dieses den roten Phrasenhelden erst jüngst wieder in Nr. 1/1912 der „Sozialistischen Monatshefte“ wie folgt:

„Die sozialrevolutionäre Auffassung übersieht... daß das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft sich im Laufe des letzten Jahrhunderts wesentlich geändert hat, und daß bei den modernen Völkern mit ihren Parlamenten und Wahlrechten, die auch den breiten Schichten der arbeitenden Klassen einen starken, ja den entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Parlamente und damit auf die Gestaltung der Politik einräumen, der Charakter des Staates ganz anders geworden ist. Die organisierte Macht des Staates liegt nicht mehr wie früher in die Hand einer Klasse, die unbeeinflusst von der beherrschten Klasse diese Machtmittel lediglich zu ihren Zwecken in Bewegung setzt. Freilich ist es ein in der Agitation und Presse beliebtes Schlagwort, die Regierung als den Verwaltungsausschuß der herrschenden kapitalistischen Klassen zu bezeichnen. Es braucht nicht untersucht zu werden, ob dieser Satz einmal unumkehrbar gegolten hat. Sicherlich gilt er heute in seiner Absolutheit nicht mehr. Man kann höchstens sagen: Es besteht bei den gesellschaftlichen Klassen die Tendenz, die Regierung zu ihrem Verwaltungsausschuß zu machen. Inwiefern sich aber diese Tendenz durchsetzt, ist eine Tatsachenfrage. Und eine sorgfältige Untersuchung der Statik der politischen Kräfte in Deutschland würde zeigen, wie starke Beschränkungen der absolut hingestellte Satz erlitten hat. Die Aufstellung der absoluten Gültigkeit des genannten Satzes bedeutet aber im Grunde nichts anderes als den sozialen und politischen Einfluß der arbeitenden Klassen auf den heutigen Staaten eskamotieren: einer Theorie zu Liebe, deren Inhalt sich in einer Voraussage des unabweisbaren Zusammenbruchs der heutigen staatlichen Organisation und in einem Regieren jeder organischen Partientwicklung erschöpft. Mit Recht stellt die Arbeiterklasse an die Vertreter dieser Theorie die Frage: Wenn es wahr ist, daß in dem halben Jahrhundert unermüdbarer Tätigkeit der Propaganda und Agitation, nach einem halben Jahrhundert gewerkschaftlicher und politischer Arbeit so wenig erreicht worden ist, daß auch heute noch die Regierung nichts anderes ist als der Verwaltungsausschuß der herrschenden Klassen, mit welchem Recht könnt ihr dann behaupten, daß dieselbe Propaganda und Agitation, dieselbe gewerkschaftliche und politische Tätigkeit eine solche Erstarkung der arbeitenden Klassen bewirkt habe, daß sie heute oder morgen den kapitalistischen Klassenstaat in einer sozialen Revolution niederzuwerfen vermögen?“

„Genosse“ Lindemann hätte diesen Ausführungen noch hinzufügen dürfen, daß es nicht das Verdienst sozialdemokratischer Volksvertreter ist, daß der Satz vom Verwaltungsausschuß der herrschenden kapitalistischen Klasse in unserem Vaterlande nicht zutrifft. Denn gerade diese waren es ja, die bislang wie „törichte Schachhüter“ auf der Grube saßen; dieneil andere Leute praktische Arbeit für die erwerbstätigen Stände leisteten. Sie verschmähten die positive Arbeit — „einer Theorie zuliebe, deren Inhalt sich in einer Voraussage des unabwendbaren Zusammenbruchs der heutigen staatlichen Organisation und in einem Regieren jeder organischen Fortentwicklung erschöpft.“ So handelte bisher die Sozialdemokratie und es gehört schon eine große Portion von Köhlerglauben dazu, wenn die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ meint, die „törichten Schachhüter“ würden in Zukunft mit dem ihnen anvertrauten „Pfund“ positive Arbeit leisten. „Es ist nötig“, so meint das Blatt, „die Kraft zu lösen und zu entbinden, sie aus dem Zustande der Virtualität (Möglichkeit) in den der Aktualität (Wirklichkeit) überzuführen.“ Damit geht das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes rund heraus ein, daß es seine Leser bisher in der unverantwortlichsten Weise an der Nase herumgeführt hat, indem es sie einer Partei in die Hürde trieb, die es verschmähte, gegebene Möglichkeiten zum Besten ihrer Anhänger auszunutzen, das Mögliche in die Wirklichkeit überzuführen. Das ist also auf gut deutsch dasselbe, was auch wir der „Partei der Unfruchtbarkeit“ immer zum Vorwurf gemacht haben.

Aber die „Metallarbeiterzeitung“ hofft, daß es nun endlich besser werde und diese ihre Hoffnung stützt sich auf den diesmaligen roten — Wahlauftritt, der das Versprechen enthält, sogar zum ersten Male enthält, alle Mittel, die die Gegenwart an die Hand gibt, zu benutzen, die vorhandenen Uebel zu mildern u. Dieses Versprechen ist der „M.-B.“ ein Anzeichen für die „innere Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie“. Trotzdem aber habe die Partei „nicht etwa ihrem Endziel abgeschrieben.“

Wir sind natürlich etwas anderer Meinung und zwar aus guten Gründen. Sozialdemokratische Versprechungen sind ja so alt wie die Partei selbst. Auf diesen Köder fallen vernünftige Arbeiter nicht herein. — Noch viel weniger aber auf das „Endziel“, dem diese

Partei nach den Versicherungen des Organs des deutschen Metallarbeiterverbandes „nicht etwa abgeschrieben“ habe. Letzteres glauben wir schon. Wie wollten die „törichten Schachhüter“ sich auch anders den Massen gegenüber wegen des in der Grube Untätigkeit verscharrten „Pfundes“ verantworten, als durch den steten Hinweis auf das schöne Endziel Vollenkuckuckshelm, welches Franz Mehring einmal zutreffend als „optische Täuschung der großen Sozialisten“ definiert hat. Die „optische Täuschung“ der Großen von ehemals hat sich eben als Beruhigungsmittel für die kleinen Geister von heute trefflich bewährt. Wie lange noch? — Tief blicken läßt es, wenn auch das Blatt des Verbandes, der sich stolz als „die größte gewerkschaftliche Organisation der Welt“ bezeichnet, den Massen den Glauben an das „Endziel“, die „optische Täuschung der großen Sozialisten“ suggerieren muß. Ob sich der „Koloß auf ätneren Füßen“ wohl auch in der Rolle des „törichten Schachhüters“ erlappt hat?

Vernünftige Arbeiter lassen sich durch das utopische Endziel der Sozialdemokratie nicht von der praktischen Gegenwart abhalten. Sie erwarten ihr Heil nicht von der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, wie sie der Sozialismus fordert — fordert, ohne auch nur selbst zu wissen, wie diese angeblich „höhere, sozialistische Ordnung“ eigentlich beschaffen sein soll. Freilich, die „M.-B.“ ist in dieser Hinsicht sehr anspruchslos; sie nennt den sozialdemokratischen Wahlauftritt sogar „ein bestimmt unrichtiges, logisch aufgebautes Gegenwartsprogramm.“ Wie es aber mit den logisch aufgebauten Programmen der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aussieht, das hat der „Genosse“ Dr. Marenbrecher in der Nr. 9/1911 der Sozialistischen Monatshefte verraten:

„Fragt irgendeinen unserer sogenannten Rabulisten, auf welchem Wege denn nun das Proletariat zur Macht kommen werde, was wir denn nun tun sollen, um dem entscheidenden Schritte zur Macht näher zu kommen? Die Antwort ist immer Entrüstung über den Frager, aber nie ein klares Programm und eine Aufeinanderfolge bestimmter, deutlich vorgestellter Aktionen. Es heißt dann: „Der Frager hat von dem Wesen unserer Partei keine Ahnung“; oder „jeder Quartaner weiß“ usw. Der Frager gilt als Idiot oder als Denunziant oder als Spitzel oder als sonst was; aber eine Antwort hat sich ein Frager aus all dem Lärm noch niemals herausören können. Höchstens, daß mit der Miene der Weisheit verkündet wird: Das Proletariat wird schon wissen, was es zu tun hat; in der entscheidenden Stunde wird unsere alte bewährte Taktik uns schon zum Siege führen, und ähnliches mehr. Zwei, drei, auch fünf Jahre glaubt man solchen Reden: schließlich merkt man doch langsam, daß hinter alledem nicht anderes steht als ein Nichts. Sie haben kein Programm, und deshalb können sie uns keins sagen. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, und deshalb machen sie Worte, Sie müssen sich und andere aber die gänzliche Leere ihres Innern hinwegtäuschen.“

So beständig ein „Genosse“ seiner Partei ihre totale Ohnmacht und die Unsinnigkeit ihrer Grundzüge. Trotzdem aber wird es uns von „freien“ Gewerkschaftlern verargt, daß wir als denkende Arbeiter uns unseren eigenen Verstand auf die gepriesene „sozialistische Wirtschaftsordnung“ machen.

Mögen sie tun, was sie nicht lassen können! Wir christlichen Gewerkschaftler beneiden diese Leute nicht um ihren Köhlerglauben; wir sind praktischer veranlagt und stellen uns im wohlverwogenen Interesse unseres Standes auf den Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Wir sind uns bei dieser Stellungnahme voll bewußt, daß es da noch manches zu bessern gibt. Unser Weg führt aber nicht über die Trümmer der heutigen Ordnung, darum lehnen wir es ab, das in unsere Hände gegebene „Pfund“ zu vergraben, uns a la Sozialdemokratie wie törichte Schachhüter auf die Grube zu setzen, und untätig ins Blaue starrend oder anderer Leute Arbeit begehrend, unser Geschick der von den gestorbenen Propheten des Sozialismus verkündeten „naturnotwendigen Entwicklung“ anheimzugeben. Als christliche Gewerkschaftler wollen wir vielmehr nach wie vor mit unserem „Pfund“ arbeiten als der sich seines Wertes und seiner Verantwortung voll bewußte Teil eines Volksganzen, mit dessen übrigen Schichten uns Interessen höchsten Ranges verbinden. Nicht in der Richtung der Verneinung und Zerkümmern des Bestehenden liegt der Weg zur Wirklichkeit der berechtigten Reformforderungen der Arbeiterschaft an die Gesellschaft, sondern in der der Verjahung und entschlossenen Mitarbeit an ihrer organischen Ausgestaltung. Das hat der Erfolg unserer Arbeit bewiesen. Der denkende Teil der deutschen Arbeiterschaft verschmäht deshalb die sozialdemokratische Phrase und schließt sich zu praktischer Arbeit den christlichen Gewerkschaften an.

### Die „Wenn-Gewerkschaftler“.

Eigentlich sind es keine Gewerkschaftler — nicht einmal dem Namen nach — die Kollegen, die ich hier zeichnen will. Man begegnet ihnen häufig, allzuhäufig. Man trifft sie auf der Werkstätte, bei der Hausagitation in unseren Werbeversammlungen, und zum Teil auch in den konfessionellen Arbeitervereinen. Sie kennen alle Argumente, die für die Gewerkschaftsbewegung sprechen, auswendig; sie versichern uns sogar, daß sie in ihrem Innern mit der Gewerkschaftsbewegung sympathisieren. Fordert man diese „theoretischen“ Gewerkschaftler aber auf, aus ihrer Ueberzeugung die Konsequenzen zu ziehen und dem Verbands beizutreten, dann verschämen sie sich regelmäßig hinter das große — „Wenn!“ Ja, wenn es einmal zum Klappen kommt, so versichert uns der eine, dann könnt ihr euch in jedem Falle auf mich verlassen. Da bin ich sicher mit dabei. Wenn einmal „die andern“ in meinem Betriebe mitmachen, meint ein zweiter, dann trete auch ich der Gewerkschaft bei. Und ein dritter sagt uns: Ja, wenn ich nicht so alt wäre, wenn ich könnte, wie ich gerne wollte, dann, ja dann wäre ich schon längst mit dabei. Ein vierter schlägt mit seinem Wenn den Rekord. Er hüllt sich in die Toga des Pessimisten. Es gefällt ihm nicht, daß die Menschen nicht alle eines Sinnes sind, daß es gewerkschaftliche Organisationen verschiedener Richtung gibt und er belehrt uns: Wenn das einmal anders wird, dann mache ich auch mit.

Nimmt man alle diese „Wenn“ aber einmal unter die kritische Lupe, so zeigt es sich, daß sie durchaus nicht als stichhaltige Gründe für das Fernbleiben von den Organisationen gelten können. Die Leute, die sich hinter das „Wenn“ verschämen, entpuppen sich dann meist als Drückeberger, als Egoisten, als solche, die wohl mitarbeiten, aber heileibei nicht mitfassen wollen. Ja, wenn es „zum Klappen“ kommt, dann ist die existenz Gattung stets bei der Hand. Man kann sich auf sie verlassen — wenigstens solange, wie sie aus Mitteln der Organisation Unterstützung einheimen können; es kümmert sie offensichtlich wenig, daß es sich hier um die Jahre hindurch sauer erarbeiteten Beitragsgrößen ihrer opferwilligen Kollegen handelt. Kommt dann aber später die Reihe an sie, sollen sie sich dann wenigstens nachher als ebenso opferwillig erweisen, dann hat's gewöhnlich mit dem „Klappen“ bei diesen Drückebergern seine liebe Not. In Summa: Hinter diesem „Wenn“ findet man die, denen es noch an dem nötigen Solidaritätsgefühl und dem rechten gewerkschaftlichen Opfergeist mangelt.

Bei der zweiten Art steht's um kein Jota besser in dieser Hinsicht. Diese Kollegen behaupten, von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt zu sein. Nun, was läge da für einen zielbewußten Menschen näher, als seiner Ueberzeugung gemäß zu handeln; sich zunächst einmal selbst der Organisation anzuschließen und dann dahin zu wirken, daß „die andern“ nachkommen. Es liegt doch auf der Hand, daß man indifferente Kollegen nicht damit von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt, daß man sich selbst von dieser Organisation fernhält. Wegen diese Kollegen sich einmal vor Augen halten, wie die Führer und Bahnbrecher unserer Arbeiterbewegung keine materiellen und persönlichen Opfer gescheut haben, um die Bewegung zu dem zu machen, was sie heute ist. Können sie es mit ihrer Standes- und Berufssehre vereinbaren, sich noch länger hinter dem Indifferentismus „der andern“ zu verschämen, um sich an ihrer Pflicht vorbeizudrücken? Also hinweg mit dem „Wenn“; tue das, was du als deine und der andern Pflicht erkannt hast, zuerst einmal selbst! — Die andern kannst du erst mit Erfolg an ihre Pflicht gemahnen, wenn du deine Pflicht und Schuldigkeit vorerst selbst getan hast.

Und nun ein Wort an die dritte Art von „Wenn-Gewerkschaftlern“, die bedauerlicherweise an manchen Orten sehr verbreitet ist. Hinter ihr „Alter“ verschämen sich da vielfach Kollegen, die in der Vollkraft der Mannesjahre stehen. Der so beliebte Einwand „wenn ich nicht so alt wäre“ und „wenn ich könnte, wie ich gerne wollte“ kann heute wirklich nicht mehr als Grund für das Fernbleiben vom Verband angesehen werden. Gewiß, die, die da das „zu alt“ immer als Grund zum Vorbeidrücken an der Organisation im Munde führen, sind wirklich auf dem Wege alt zu werden. Sie mögen auch wohl glauben, durch ihr Fernhalten von der Organisation sich bei diesem oder jenem Arbeitgeber in Gunst zu setzen, und sich so für später einmal einen guten Ruhe- oder Halbinvalidenposten zu sichern. So rechnen sie — um dann nachher, wenn sie für die Gewerkschaftsbewegung einmal wirklich „zu alt“ sind, einzusehen, daß sie sich verrechnet haben. Wir leben im Zeitalter der Kapitalassoziationen und Fusionen. Auch die alten „Familienbetriebe“ können sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Mit dem Einzug des neuen Regimes in den Betrieb fällt dann aber in fast allen Fällen die Rücksicht auf die „alten Arbeiter“ auf die diese Kollegen in ihrer Kurzsichtigkeit ihre Zukunft aufgebaut. Aktiengesellschaften werden da nicht gegründet, um „alte Leute zu versorgen. Hätten die Kollegen beizeiten ihre Pflicht gegenüber der Organisation erfüllt, hätten sie als ältere und erfahrenere auch die jüngeren Kollegen der Organisation zugeführt, sie ständen dann im Alter wahrhaftig freier und unabhängiger da. Auch die neuen Herren könnten dann nicht in dieser Weise mit ihnen spielen, wie es vielfach geschieht, weil sie es dann eben mit einer solidarisch zusammenstehenden Arbeiterschaft zu tun hätten. Also: die Kollegen, die sich hier hinter ihr Alter verschämen — was gewöhnlich noch erst kommen soll — handeln in ihrem eigenen Interesse überaus töricht und leichtsinnig. Darum fort auch mit dem dritten „Wenn“. Tue als Arbeiter, was das Interesse deines Standes von dir fordert: Schließe dich deiner Gewerkschaft an!

Was aber sollen wir nun mit unseren „Pessimisten“ anfangen, mit den Leuten, die da an der ganzen Gewerkschaftsbewegung verzweifeln, weil die Welt nun eben anders geartet ist als sie ihrer Meinung nach sein müßte? Wer sich diese Leute einmal genauer besieht, wird bald herausfinden, daß der „Weltschmerz“ bei ihnen immer dann in die Erscheinung tritt, wenn sie einmal Opfer bringen sollen. Im „Nehmen“ hingegen stellen sie jederzeit ihren Mann; ganz gleich, ob das Gute nun gerade von dieser oder jener Richtung her kommt. Aber auch noch beim „Nehmen“ können sie sich des Vorgehens nicht enthalten — mit konstanter Bosheit und egoistischer Unverschämtheit bringen sie es fertig, gewerkschaftliche Erfolge sogar in demselben Momente abzuleugnen, wo sie sie mit der ganzen inneren Güter des Habichtigen einheimen. Es ist kaum denkbar, daß man mit so entarteten Menschen in der Gewerkschaftsbewegung jemals wird Staat machen können. Diese Scharobererinnen werden aber glücklicherweise den Gang der Entwicklung im Wirtschaftsleben nicht anhalten können und so werden auch sie eines Tages vor dem Zwange stehen, Opfer für die Berufsorganisation bringen zu müssen — obwohl das „Wenn“, hinter das sie sich schandenhalber bisher verjagten, nicht in Erfüllung gegangen ist.

Das eine steht also fest: In seinem eigenen Interesse kann und darf sich heute kein christliebender und kluger Arbeiter mehr hinter der Ausrufe „Wenn“ verschämen, sobald es sich darum handelt, sich seiner christlichen Berufsorganisation anzuschließen. Heute ist uns mit aller Sympathie nicht gebietet: „Hand ans Werk!“ lautet die Parole. Praktische opferfreundige gewerkschaftliche Arbeit ist es, die unserem Stande heute

vor allem not tut. Darum ihr alle, die ihr von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit im Innern überzeugt seid, bekundet endlich eure Ueberzeugung durch die Tat, wie es Männern geziemt; fort mit dem Wenn! Werdet endlich, wie es die Pflicht gebietet, praktische, tätige Gewerkschaftler.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wenn man unsere Wirtschaftslage nach der Stimmung der Börsen- und Geldkreise beurteilen wollte, so wären wir sicherlich in einer Postkonjunktur. Die Spekulation hat Formen angenommen, die sehr bedenklich sind. Ungewisse Gerüchte genügen, um ein Papier in die Höhe gehen zu lassen. Nicht ohne Bedeutung blieb auch der Vertrag, den der preussische Fiskus als Kohlenbergwerksbesitzer mit dem Kohlenyndikat geschlossen hat. Auch für unsere Industrie ist diese Tatsache von solch weittragender Bedeutung, daß ein näheres Eingehen auf sie wohl gerechtfertigt erscheint und das um so mehr, als der Staat hier Stellung genommen hat zu einer Frage, die unser ganzes Wirtschaftsleben aufs tiefste berührt. Die Verhältnisse, die sich im Lande der Trübsis herausgebildet haben, liegen auch in Deutschland schon längst Stimmen laut werden, die ein energisches Handeln des Staates den Syndikaten gegenüber, bei denen eine zunehmende Vertrauens- unerkennbar ist, forderten.

Die große Gefahr, die ein Syndikat mit sich bringt, das den größten Teil der Produzenten umfaßt, besteht in seiner Monopolstellung. Diese Gefahr ist um so größer, je weniger das Produkt ersetzt oder entbehrt werden kann. Daß der letztere Umstand bei der Kohle zutrifft, bedarf keines weiteren Beweises. Das Kohlenyndikat ist von dem Vorwurf nicht ganz frei zu sprechen, daß seine Preispolitik nur von rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten diktiert war, d. h. mit andern Worten, daß es nur danach strebte, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, mochte auch die kohlenverbrauchende Industrie unter einer solchen Politik noch so sehr zu leiden haben. Die hohen Preise des Syndikats machten sich natürlich am unangenehmsten fühlbar zu Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Mit diesen Vorwürfen soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Syndizierung der Kohle nicht auch Vorteile für unsere Volkswirtschaft gehabt hätte: als solche erwähnen wir nur die Vermeidung jeder Ueberproduktion und großer Schwankungen im Preise.

Der größte Teil der Montanindustrie ist im Kohlenyndikat vereinigt; man kann das aus der geförderten Menge der Kohlen erkennen. Hier muß jedoch einer sehr wichtigen Entwicklung gedacht werden. Im Jahre 1906, dem Jahre der Erneuerung des Kohlenyndikats, betrug die Förderung der syndizierten Zechen 98,70% der Gesamtförderung von Kohlen überhaupt — die nichtsyndizierten Zechen, die Außenseiter, förderten nur 1,30%. Nun hat sich zwar die Menge der von Syndikatsmitgliedern geförderten Kohlen stark vermehrt — sie stieg von 64 Mill. To. i. J. 1903 auf 83 Mill. To. i. J. 1910. Verhältnismäßig viel rascher ist aber die Förderung der Außenseiter vor sich gegangen: sie stieg von 852 000 To. i. J. 1902 auf 5,5 Mill. To. i. J. 1910. Der Anteil an der Gesamtförderung verteilte sich demnach zu 93,85% auf das Syndikat und zu 6,15% auf die Außenseiter. Die zunehmende Bedeutung dieser machte natürlich ihre Konkurrenz für das Syndikat sehr fühlbar, zumal in der englischen Kohle noch ein anderer Konkurrent in die Schranken trat. Das Syndikat war unter solchen Umständen sehr oft genötigt, Kampfpreise zur Unterdrückung der Konkurrenz anzuwenden. Diese hatte trotz ihrer relativ geringen Förderung keinen unbedeutenden Einfluß auf die Preisbildung überhaupt wie auf die des Kohlenyndikats.

Wenn heute die außersyndikatische Förderung so stark ist, so ist das in erster Linie der Entwicklung des preussischen Bergbaues zu verdanken, die seit 1903 hauptsächlich auf eine Schwächung des Syndikats hinabgetrieben durch Anlage und Erwerbung eigener Bergwerke. Wie sehr die von Preußen geförderte Kohlenmenge gestiegen ist, beweist am besten die Tatsache, daß 1903 303 000 To. gefördert wurden, 1911 dagegen 2 101 181 To. Selbstverständlich erjubeln durch dieses Vorgehen Preußens alle Außenseiter eine Stärkung.

### Die Gmünder Edelmetallindustrie.

Von Gewerkschafter Ludwig Schwanf.

#### IV.

#### Fachschule und Sammlungen.

Eine sehr eigenartige Einrichtung Gmünds ist das Kunstgewerbemuseum. Es ist mit der industriellen Entwicklung der neueren Zeit aufs engste verwachsen. Haben doch an dieses die bedeutendsten Industriellen der letzten Jahrzehnte ihre besten Kräfte gesetzt, um es auf seine jetzige erhabene Höhe zu bringen. Aus sehr bescheidenen Anfängen einer Vorbildersammlung im Jahre 1876 hat es sich zu einem imposanten Museum ausgebildet, das in dem Neubau des Architekten Gschäfer vor zwei Jahren am Fuße des Strahoborberbergs ein prachtvolles Heim bekommen hat. In demselben sehr umfangreichen Gebäude ist zugleich die Königl. Fachschule für die Edelmetallindustrie untergebracht, deren neuere Geschichte aufs engste mit der des Kunstgewerbemuseums verknüpft ist. Während die Vorbildersammlung, einer Anregung des heutigen Ehrenvorstandes Hermann Bener folgend, in einem einzelnen Zimmerchen während einiger Jahre Platz hatte, wurde es ganz besonders tatkräftig durch einen Mann unterstügt, von dem man, wiewohl er längst nicht mehr unter uns weilt, in Gmünd noch mit der größten Hochachtung spricht. Es war dies der alte Kommerzienrat Julius Erhard.

Ein ehler, vorwärts tätiger Mann von hervorragenden Eigenschaften hat hier ein Lebenswerk geschaffen, dessen sich noch viele Generationen freuen werden. Unter großem Aufwand an Geld und Zeit hat er für sich selbst eine Sammlung von kunstgewerblichen und historischen Stücken aus Gmünd angefertigt, die in ihrer Eigenart einzig dasteht. Hunderte von wertvollen Antiquitäten hat er auf diese Weise seiner Vaterstadt vor dem Untergang über dem Verkauf ins Ausland gerettet. Er überwies die ein großes Vermögen darstellende Sammlung dem Kunstgewerbemuseum, das es heute als einen seiner

Hände unter dem Namen „J. Erhardsche Gmünder Altertumsammlung“ sein eigen nennt. Sie stellt ein vorzügliches Bild von den Werken unserer Väter bis zu den modernsten Erzeugnissen dar. Im Jahre 1900 übergaben in hochherziger Weise die Ehre dieses ungewöhnlichen Mannes die in ihrem Besitz befindliche Bilderchronik des Verstorbenen an die Stadt, die eine unerschöpfliche Sammlung von Zeichnungen, Aquarellen und sonstigen Abbildungen alter Bauwerke und Wandgemälde darstellt, die auf keine andere Weise der Gegenwart überliefert worden sind. Die Preisausstellungen des Kunstgewerbemuseums haben auf die künstlerische Bildung der freudig strebenden Jugend den besten Einfluß ausgeübt. Heute steht das Museum eine Sammlung dar, die, außer der großen vaterländischen Sammlung schwäbischer Altertümer in Stuttgart, ihresgleichen in Württemberg nicht anzufinden hat.

Wie oben erwähnt, ist in demselben Gebäude die Königl. Fachschule für Edelmetallindustrie untergebracht. Diese hat den Zweck, durch Heranbildung tüchtiger Ziselure, Graveure, Gold- und Silberschmiede, Modelleure und Verklärter zur Schöpfung und Förderung des heimischen Edelmetallgewerbes beizutragen. Nach ihrem heutigen Stand ist sie einerseits berechnete, Lehrlingen vom dritten Lehrjahr ab und Gehilfen, die neben ihrer Arbeitstätigkeit die Schule besuchen, zu dienen, andererseits ist sie auch für Tageslöhner bestimmt, die nach zurückgelegter Lehre sich unentgeltliche Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben wollen. Diese, helle, mit den besten Maschinen ausgestattete Werkstätten und Werkzeuge, reiches Anschauungs- und Bildungsmaterial alter und neuer Zeit stehen zur Verfügung, um die werktätige Arbeit und Fortbildung zu einer Freude und Lust zu gestalten. Ein besonderer Wert wird auf den Unterricht in der Verklärung gelegt. Jeder beschäftigte, ist zum Besuch des praktischen Unterrichts verpflichtet. Außer den maschinell eingerichteten Werkstätten für Goldschmiede und Silber, Strahlgraveure, Da-

maschoure, Ziselure, Silber- und Hammerschmiede sind auch noch eine Formerei und ein chemisches Laboratorium vorhanden. Auf diese Weise ist der Schüler in der Lage, sich eine umfassende Kenntnis aller Arbeitsvorgänge im Edelmetallgewerbe anzueignen, was für den einzelnen in der Praxis bei der gegenwärtig sehr weit gehenden Spezialisierung nicht möglich wäre.

Zur Heranziehung künstlicher Betriebsleiter oder Fabrikanten ist diese Schule gleichfalls von größter Wichtigkeit. Die zeichnerischen und künstlerischen Fächer werden in eingehender Weise im Lehrplan berücksichtigt, denn es dürfte wohl kaum einen Beruf geben, der vom ausführenden Handwerker so viel Geschmack und Geschicklichkeit verlangt, wie der des Gold- und Silberschmiedegewerbes. Den Formensinn zu entwickeln, das Gefühl für die Erfordernisse des Materials und der es bearbeitenden Techniken zum Bewußtsein zu bringen, ist die gemein-same Absicht des praktischen und theoretischen Unterrichts.

Zu alledem ist durch den Unterricht in Geschäftskunde Gelegenheit gegeben, diejenigen Kenntnisse zu erwerben, die zum Ueberblick über ein Geschäft, sei es zur leitenden Stelle im Betrieb oder zum eigenen selbständigen Goldschmiedehandwerk, notwendig sind.

Von dieser Schule unabhängig ist die Städtische Gewerbeschule, die heute als die erste in Württemberg völlig ausgebildet ist. d. h. jeder junge Mann unter 18 Jahren ist gehalten, diese Schule in drei aufsteigenden Jahreskursen zu absolvieren. Die Geschichte der Schule reicht zurück bis ins Jahr 1776, wo sie wohl als älteste deutsche Zeichenschule gegründet wurde. In mehreren Klassen sind die Goldschmiede zusammengekommen, ebenso die Silberschmiede und als Spezialkurse kommen besonders die Klassen der Silber- und Graveure in Betracht. Ebenso werden besonders die Mechaniker als eine wichtige ergänzende Berufsklasse für die hiesige Edelmetallindustrie unterrichtet. Nicht weniger als acht Stützungen sind zur Ausrüstung der Schule für die Fachschule vorhanden.



Waren auch solche Massenunfälle bisher keine alltäglichen Erscheinungen, so ist es doch eine feststehende Tatsache, daß die schwere Eisenindustrie die größten Unfallzahlen hat. Sie übertrifft damit sogar den Bergbau ganz beträchtlich. In den Jahren 1905—1909 wurden in den Werken, die zur Rheinisch-Westfälischen Stätten- und Walzwerks-Vereinigungsgesellschaft gehören, in jedem Jahre durchschnittlich von tausend beschäftigten Arbeitern 183 verletzt; im Bergbau dagegen nur 129. Trotzdem der Bergbau in dieser Zeit eine Reihe von Massenunfällen hatte — erinnert sei nur an Heben, Borussia und Habbob —, ist in der schweren Industrie die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle höher. Auf tausend beschäftigte Arbeiter kamen in dem schon genannten Jahre fünf entschädigungspflichtige Unfälle im Bergbau 15,3, in der Rh.-Westf. Stätten- und Walzwerks-Vereinigungsgesellschaft dagegen 15,7.

Oranienhaft sind die Unfallkassen in der Sektion Oberhausen, welche den Schwerindustriety am reinsten vertritt und in deren Bereich das Massenunglück passierte. In dieser Sektion erlitten 277 Personen in dem vierjährigen Zeitraum 1906—1909 einen tödlichen Unfall. In der gleichen Zeit kamen durchschnittlich in jedem Jahr auf 1000 versicherte Arbeiter 212 Verletzungen und 21 entschädigungspflichtige Unfälle.

Genau liegt es in der Natur der schweren Eisenindustrie, daß die Unfallhäufigkeit größer ist, wie in irgend einem anderen Industriezweige. Und werden sich Unglücke wie das genannte kaum ganz vermeiden lassen, trotz aller technischen Fortschritte. Wahr ist aber auch, daß die in den Hochöfenwerten übliche überaus lange Arbeitszeit nicht vermindern auf die Unfallgefahr einwirken kann, sondern sie vergrößert. Die Hochöfenarbeiter müssen nicht nur das Jahr hindurch zwölfstündige Tag- und Nachtschichten leisten, sondern außerdem alle 14 Tage eine 24stündige Sonntagschicht. Dazu kommt ein ausgebeutetes Leberkudenswesen. Alle Bestrebungen auf Einführung einer kürzeren Arbeitszeit für die Hochöfenarbeiter scheiterten bisher. Bei dem schlechten Organisationsverhältnis dieser Arbeiter ist das gar nicht verwunderlich. An den Arbeitern selbst liegt es, sich durch eine geschlossene Organisation die Achtundsechzigst zu erlangen, welche ganz bestimmt auch eine Verminderung der Unfälle im Gefolge haben wird.

**Von den Harzer Hüttenbetrieben.**

Schon lange war unser christlicher Metallarbeiterverband im Verein mit dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter in der Richtung tätig, für die Arbeiter der Unterharzer Hüttenbetriebe eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Unsere Wünsche in dieser Hinsicht wurden im vorigen Jahr auch bei der Staatsberatung im preussischen Landtag vorgetragen durch Abgeordnete der verschiedenen bürgerlichen Parteien, z. B. die Abgeordneten Ahrens, Spingis, Saucmann und andere; leider hieß es da, daß infolge der ungünstigen Konjunktur eine Zulage nicht möglich sei. Es wurde aber gleichzeitig in Aussicht gestellt, daß bei einer Besserung der Verhältnisse den Hüttenleuten eine Zulage gewährt werden sollte.

Am 1. Oktober 1911 ist dann auf den Unterharzer-Communionwerken eine Lohnerhöhung eingeführt worden, die 40, 30, 20 und 10 Pfg. beträgt. Dadurch ist den seit Jahren von uns immer und immer wieder geäußerten Wünschen der Hüttenleute in etwa Rechnung getragen worden. Wenn trotzdem noch manche berechtigte Forderung nicht berücksichtigt worden ist, so liegt dies einzig und allein an der bebauerlichen Interesslosigkeit eines großen Teils der Hüttenleute selbst! Wenn man sich alles einmal ruhig vor Augen hält, was seit Bestehen des christlichen Metallarbeiterverbandes schon für die Unterharzer Hüttenleute erreicht wurde, und man fragt sich andererseits einmal, wie denn die Organisationsverhältnisse der Hüttenleute liegen, so könnte man an der Evidenz der Kollegen manchmal irre werden; denn anstatt sich immer fester zusammen zu schließen, um das, was bisher noch nicht erreicht werden konnte, wenigstens in der Zukunft zu sichern, kann man sehr oft hören, daß Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit Einzug gehalten haben. Andererseits soll aber doch auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Kollegen, die bisher unsere Fahne hochgehalten und dafür gekämpft haben, auch weiter auf dem Posten sind und für die Ausbreitung des Verbandes mit allen Kräften tätig sein wollen.

Dem Zweite, unserem Verbands in Interesse der Kollegen weitere Ausbreitung zu verschaffen, sollte auch eine von unserer Bezirksleitung eingeleitete Aktion dienen, um für die invaliden Kameraden eine Aufbesserung zu erwirken. Die Hütteninvaliden, von denen eine ganze Anzahl treue Verbandskollegen sind, haben durch die Lohnaufbesserung keine Berücksichtigung gefunden, weil die Anwartschaftsbezüge nicht erhöht wurden. Daher wurde eine Versammlung der Hütteninvaliden der Unterharzer Werke nach Her a. S. einberufen, in welcher Kollege Buchner-Hannover den Vorschlag machte, an die Königlich-Braunschweigische Kammer, die Direktion der Bergwerke, heranzutreten mit dem Ansuchen, für die Invaliden eine außerordentliche Unterstützung beantragen und gewähren zu wollen, was angesichts der Verteuerung der Lebenshaltung wohl berechtigt war. Weiter sollte die Behörde gebeten werden, gleichwie es in Preußen der Fall ist, einen Fonds zu schaffen, aus dem invalide Hüttenleute in besonderen Notfällen eine Unterstützung erhalten könnten. Diese letztere Anregung kommt vor allem auch unseren aktiven Kollegen zu gute für den Fall, daß sie Invaliden werden und in außerordentliche Notfälle geraten sollten.

Unter den Invaliden befinden sich Leute, die in früheren Jahren auf den hüttenmännlichen Werken als Hüttenarbeiter Stundenlöhne von 6 Pfg. verdient haben, daher auch besonders niedrige Pension beziehen. Daß diese unser Vorgehen freudig begrüßten und versprochen, mit an dem Ausbau des Verbandes in der Hinsicht zu arbeiten, daß sie ihre Söhne und Angehörigen dem christlichen Metallarbeiterverbande zuführen, ist erklärend.

Auf die am 25. Oktober an die Herzogliche Kammer, Direktion der Bergwerke gerichtete Eingabe erhielt die Bezirksleitung am 31. Oktober die Antwort, daß die Herzoglich-Braunschweigische Kammer und das braunschweigische Oberbergamt zu Clausthal die Bezirksleitung nicht für legitimiert ansehen könnten, beratige Wünsche invalider Hüttenarbeiter bei den Direktorialbehörden vorzubringen. Es wurden nunmehr sämtliche Invaliden befragt, ob sie unserem Bezirksleiter die Vollmacht geben wollten, sie zu vertreten, was dann von allen Invaliden durch Unterschrift getan wurde. Am 8. Dezember erneuerten wir die Eingabe und legten die Unterschriften der Invaliden abschließend bei. Durch Schreiben vom 14. Dezember antwortete die Behörde darauf folgendes:

„Braunschweig und Clausthal, den 14. Dezember 1911. An den Bezirksleiter des christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes, Herrn Wilhelm Buchner, Hannover. Zum Schreiben vom 8. d. M.

Die uns in Abschrift überreichte Liste der Invaliden der Kommunionwerke, welche Sie angeblich mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt haben, kann uns noch nicht genügen. Sie im Sinne unseres Schreibens vom 31. Oktober d. J. als legitimiert anzusehen. Wir ersuchen daher, die fragliche Eingabe mit den in Ihrem Besitz befindlichen urschriftlichen Unterschriften Ihrer Auftraggeber an uns gelangen zu lassen. Inzwischen werden wir in eine Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller und deren Bedürftigkeit eintreten und wir werden Sie von dem Ergebnis dieser Erhebungen und von unseren Entschlüssen in Kenntnis setzen, nachdem die Eingabe in der von uns zu verlangenden Form wieder eingegangen sein wird.

Der Königlich-Preussische Bergbaupräsident und die Herzogl. Braunschweig.-Lüneb. Kammer, Direktion der Bergwerke, gez. Herwig, Steinbrink.“

Schwohl es nun ziemlich schwierig ist, den Zweck der Forderung, die Unterschriften der Invaliden urschriftlich einzusenden zu erlangen, hat die Bezirksleitung selbstverständlich nicht einen Augenblick gezögert, dem Verlangen der in Frage kommenden Behörden zu entsprechen. Die Originalunterschriften sind am 27. Dezember nebst der ursprünglichen Eingabe erneut eingereicht worden. — Immerhin ist es zu begrüßen, wenn die Behörde in eine Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Invaliden eintritt. Dann kommt etwas für die Hütteninvaliden dabei heraus, daß sie sind wir gewiß. Aus diesen Gründen sehen wir dem Ergebnis der Erhebungen mit begreiflichem Interesse entgegen.

Aus dem Vorgelegten ist wieder zu ersehen, daß der christliche Metallarbeiterverband überall wo es gilt Arbeiterinteressen zu vertreten, an erster Stelle steht. Mögen das die Invaliden dadurch anerkennen, daß sie nunmehr wo sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet, den noch in der Hüttenarbeit stehenden jüngeren Kameraden den Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband dringend empfehlen, damit auch für diese Kameraden noch mehr wie bisher getan werden kann. Die Voraussetzung jeder praktischen Arbeit ist und bleibt für die Hüttenarbeiter der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband. Keine besonderen örtlichen Krankenkassen und Unterstützungsvereine, sondern eine einheitliche, auf nationalem Boden stehende Metallarbeiterorganisation, wie es unser Verband ist, bürgt für praktische Erfolge. Unseren Kollegen aber rufen wir zu, nicht müde zu werden, sondern rastlos weiter zu arbeiten an der Mehrung und Stärkung unserer Position in den Unterharzer Hüttenwerken.

**Aus der Arbeiterbewegung.**

**Die Gewinnung der Jugend**

für ihre Bestrebungen haben sich die auf christlichem Boden stehenden Organisationen in letzter Zeit mit verdoppeltem Eifer angelegen sein lassen. Ertreulichweise herrscht in dieser bedeutungsvollen Frage zwischen den konfessionellen Jugendvereinen und christlichen Berufsorganisationen im großen und ganzen Einmütigkeit u. treue Waffenbrüderschaft, die sich in gegenseitiger Unterstützung zum besten beider Teile auswirkt. Die erspriechliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wird im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1912 in einem lehrreichen Aufsatz: „Christliche Gewerkschaften und Jugendfrage“ eingehender behandelt, und zum Schluß gesagt:

Nun heißt die Parole: Frisch ans Werk! Ihr Väter und Brüder, sendet uns eure Söhne und Brüder der jüngeren Jahrgänge zu. Jugendvereine und Gewerkschaften werden ganze Männer und Träger der christlichen Arbeiterbewegung aus ihnen machen. Stimmt aber nicht bloß unserer Aufforderung bei, sondern tut, was Ihr als unumgänglich notwendig eingesehen habt.

Die Gewerkschaftsarbeit gibt schon dem jungen Mann die beste Unterlage für seine staatsbürgerliche Wirksamkeit mit auf den Weg. Gewerkschaftliche Arbeit heißt ja nicht zuletzt Erziehung zum Verständnis für das Kompromiß, für die Notwendigkeit, in den sich widerstrebenden Gegensätzen den Ausgleich zu finden. Ohne die Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist ein respektvolles Nebeneinanderleben der Stände und Klassen nicht möglich. So kommen wir zu der Befreiung des Volkes von der Suggestion und irreführenden Macht des Schlagwortes. Wir kommen zu der Emanzipation von der sozialdemokratischen Phrase. Wir leisten positive, aufbauende Arbeit für uns und die Allgemeinheit.

**Evangelische Arbeitervereine und Gewerkschaftsfrage**

Auf dem Märztlichen Evangelischen Arbeitervereinstag führte der Verbandsvorsitzende Pastor Nieder nach einem Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ (8. Dezember 1911) u. a. folgendes aus:

„Mancher Fortschritt sei zu verzeichnen, doch müsse bedauert werden, daß an manchen Punkten nicht mehr geschieht. Mehrfach wurde gesagt: Wir gründen hier keine evangelischen Arbeitervereine, denn wir haben hier nur Sozialdemokraten, und es läßt sich daher nichts machen. Dieser Standpunkt sei ganz falsch; und zu bebauern. Können es die Sozialdemokraten vielleicht so? Man sollte sagen: Dann erst recht mit einem evangelischen Arbeiterverein hervor! Der Sozialismus ist auch jachlich nicht berechtigt; denn die Erfahrung zeigt oft genug, daß bei Eifer und Geduld für die Sache sich durchaus Erfolge erzielen lassen. Wünschenswert wäre, daß sich die akademisch Gebildeten mehr für die Arbeitervereinsfrage interessieren, ein Wunsch, der auch in der Besprechung Widerhall fand. Der Verband läßt seinen Mitgliedern Freiheit in der Auswahl der Gewerkschaften, deren sie beitreten können, aber einer sozialdemokratischen Gewerkschaft kann sich selbstverständlich kein Mitglied evangelischer Arbeitervereine anschließen. (Beifall.) — In der weiteren Aussprache spielte besonders die Gewerkschaftsfrage eine Rolle. Gegen die „gelben“ Gewerkschaften war die Stimmung nicht sehr freundlich, einmütig war man dagegen in der Friedlichkeit mit den christlichen Gewerkschaften.“

Soweit der Bericht. Durch eine klare, zielbewußte Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage würden die evangelischen Arbeitervereine zweifellos an innerer Geschlossenheit wie an äußerem Ansehen und Einfluß nur gewinnen können.

**Terrorismus-„Schwindel“ oder Tatsachen?**

Die öffentlich kritisierten sozialdemokratischen Terrorismusfälle werden von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse regelmäßig dreist abgeleugnet, zum mindesten aber beschönigt oder verteidigt. Die Ueberschrift „Christlicher Terrorismus“ ist in manchen sozialdemokratischen Blättern bald zu einer stehenden Rubrik geworden. Diesem wahrheitswidrigen Treiben gegenüber bringt die „Baugewerkschaft“ (Nr. 1, 1912) von fünf Baugewerkschaften in Nürnberg, wo es die roten Fanatiker unglaublich toll getrieben haben, die unterschriftliche Bestätigung, daß Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes entlassen werden mußten, um die von dem Sozialdemokraten angebotene Arbeitsniederlegung zu verhindern. Die Namen der Firmen, der brotlos gemachten christlichen Arbeiter, wie der sozialdemokratischen Wortführer sind hier genannt, sodas eine erneute Ableugnung wohl vergeblich ist. Eine Anzahl weiterer Arbeitgeber haben die schriftliche Bestätigung der roten Gewaltherrschaft verweigert, um es mit den Terroristen nicht zu verderben.

Das christliche Bauarbeiterorgan läßt scharfe Kritik an der Tatsache, daß sich noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der diese Gewalttaten unter Anklage gestellt hätte; diesbezügliche Anträge sind vielmehr abgelehnt worden. „Das wird nachgerade unverständlich“, schreibt die „Baugewerkschaft“, und muß in unseren Mitgliedern den Glauben erwecken, daß sie in dem sogenannten „schwarzen“ Bayern der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft schuglos preisgegeben sind. Natürlich sind die Unterdrücker der Freiheit sehr erfreut darüber, und der Terrorismus wird nicht ab-, sondern zunehmen.“

Hinterher kommt dann die sozialdemokratische Presse und stellt die Tatsachen direkt auf den Kopf mit der Behauptung, die christlichen Gewerkschaften schleppten Material für neue Ausnahmegelese gegen die Koalitionsfreiheit zusammen. Wer den Schatzmachern das willkommenste und wirksamste Material liefert, das geht aus vorstehendem deutlich hervor.

**Rundschau.**

Der Plan des Deutschen Kriegerbundes, als Ersatz für die Gewerkschaften eine „Krieger-Versicherung“ u. Vorkasse zu gründen, hat in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen heftigen Widerstand gefunden. In dem Organ des Kriegerbundes („Parole“ Nr. 50, 1911) antwortet Dr. Moebius auf die Einwände der christlich-organisierten Arbeiter, und bestreitet, ein eine Ausschaltung der Gewerkschaftsbewegung geplant sei. Er findet die Befürchtung unverständlich, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung und die nationale Sache dadurch geschädigt werden kann. Dr. Moebius lehnt es ab, daß die Kriegervereine einen Zwang auf ihre Mitglieder zwecks Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften ausüben sollten, was von uns auch gar nicht verlangt worden ist. Von uns ist nur ganz richtig betont worden, wenn es dem Kriegerbund nur um eine Abwehr der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft zu tun wäre, dann möge er seine Arbeiter-Mitglieder auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung hinweisen, die den besten Schutz gegen sozialdemokratischen Terrorismus biete. — In seiner vorliegenden Aufmachung läßt der Plan allzubeklich den Charakter gelber Werbervereinsbestrebungen ausbilden.

Unsere Befürchtungen sind durch den Artikel des Herrn Dr. M. nicht ausgeräumt. Im Gegenteil, je mehr wir uns in den Plan und seine Konsequenzen vertiefen, um so stärker werden die Befürchtungen. Herr Dr. M. versteht uns anscheinend nicht. Wir möchten ihn deshalb bitten, sich einmal eingehender mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, deren Entwicklungstendenzen und Zukunftsaussichten zu beschäftigen. Er wird uns dann verstehen und, insofern ihm in erster Linie das Wohl des deutschen Volkes und die nationale Sache am Herzen liegt, mit uns der gleichen Ansicht sein, und in dem gleichen Sinne wie wir wirken.

Einen weiteren Fortschritt auf dem Gebiete der kommunalen Arbeitslosenversicherung hat das christliche Gewerkschaftsamt in Eupen erzielt. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß auf Eingabe des Kartells der christlichen Gewerkschaften 1. die Einstellung von 3000 M. in den nächsten Etat und 2. die Bewilligung von weiteren 1000 M. für die Zeit bis zum 1. April 1912, beides „zwecks veruchsvoller Einführung einer Arbeitslosenversicherung“. Die näheren Bestimmungen für die Verteilung der 1000 M. bleiben späterer Beschlussfassung nach den Vorschlägen der noch im Januar zu bildenden sozialen Kommission vorbehalten. — Die Zahl der Gemeinden mehren sich erfreulichweise, die praktische Veruch auf diesem schwierigen Gebiete machen und so die Unterlagen für eine spätere durchgreifendere Lösung dieser Frage schaffen.

Die Gewerbeaufsicht soll in Sachsen weiter ausgebaut werden. Die sächsische Regierung will einige Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande zur Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht heranziehen. Das Regional der sächsischen Gewerbeaufsicht soll auf 15 Gewerbeinspektoren, 29 Assistenten, 5 Beamten, 1 Kommissar und 2 Steinbruchmeister vermehrt werden. Die Stelle eines gewerbeteknischen Oberrates ist neu vorgesehen. Die neugeplante Zentralkasse für die gesamte Gewerbeinspektion ist ebenfalls zu begründen. Wie man sieht, ist das Königreich Sachsen bestrebt, einen großen Zug in seine Gewerbeaufsicht zu bringen. Hoffentlich werden die anderen Bundesstaaten dem Beispiele folgen.

Ein sehr bemerkenswertes Urteil fällt das Gewerbegericht Krefeld in einer Schadenersatzlage. Eine Anzahl Kesselschmiede waren von einem Agenten in Hamburg für eine Firma in Uerdingen angeworben worden. Die Schmiede sollten einen garantierten Stundenlohn von 70 Pfennig und wenigstens 6 Monate Beschäftigung erhalten; Bedingung hierfür war selbständiges Arbeiten. Als die Kesselschmiede in Uerdingen die Arbeit aufnehmen wollten, verlangte die Firma von ihnen, einen Vertrag zu unterschreiben, nach dem sie 70 Pfg. Akkordlohn, für Werkzeugmachen, Gerüstbau u. dergl. aber nur 35 Pfg. pro Stunde erhalten sollten, wenn die Akkordhöhe nicht erreicht würden, sollte die Firma berechtigt sein, die Schmiede zu entlassen. Die Schmiede verweigerten die Unterschriften für diesen Vertrag und bestanden auf Erfüllung des ersten.

Während der Verhandlung erklärte sich der Firmenvertreter schließlich bereit, den Schmeibern für alle Arbeiten 70 Pfennig pro Stunde zu zahlen. Auf die sechsmonatliche Beschäftigung wollte er sich durchaus nicht einlassen. Der Agent, welcher die Schmeibe angeordnet hatte, sagte als Zeuge aus, er habe die Leute im Auftrag der Firma zu einem garantierten Stundenlohn von 70 Pfg. und für sechs Monate feste Beschäftigung angenommen. Das Gewerbegericht beschloß sich in zwei Sitzungen mit der Sache und kam nach eingehender Beratung zu folgendem Urteil: „Die Firma wird verurteilt, an jeden der 13 Kläger den eingeklagten Betrag, zusammen etwa 800 Mark, zu zahlen. Durch die Verhandlungen ist festgestellt, daß den Klägern ein Lohn von 70 Pfg. pro Stunde garantiert wurde; zur Verringerung dieser in Hamburg durch ihren Agenten getroffenen Abmachung war die Firma nicht berechtigt. Was die Vereinbarung über die Arbeitsdauer betrifft, so könne von den Klägern nicht verlangt werden, daß sie von Hamburg aus zu den bei der Firma nicht einmal gesetzmäßigen Kündigungsbedingungen von 8 Tagen nach Herdingen in Arbeit gingen.“

Vom „Schutz der Arbeitswilligen“ löst es andauernd wieder in einer gewissen Tagespresse wie in den Fachblättern der wirtschaftlichen Interessengruppen der Unternehmer. Dabei werden Arbeitswillige und Streikbrecher in der Regel unbescheiden in einen Topf geworfen. Dem Unterschied in diesen Begriffen und die herrschende Rechtsanschauung in diesen Fragen schildert Professor Dr. Franke sehr zutreffend in der „Sozialen Praxis“ Nr. 6, Jahrg. 21, in folgender Weise:

„Schutz der Arbeitswilligen“, ist der Wahspruch, der die Rechtsprechung gegen Streikvergehen beherrscht. Es gibt sicher Arbeitswillige, deren Motive von hohem sittlichen Wert sind: Wer für Weib und Kind sorgen muß, wer in überzeugter Treue zu seinem Arbeitgeber steht, wer einen Ausstand für leichtfertig, ungerecht, bössartig hält, der gerät mit den Pflichten kameradschaftlicher Solidarität in einen Konflikt, in dem seiner Entschuldig gegen den Streik die Achtung gewiß nicht zu versagen ist.

Aber es gibt auch eine Sorte Arbeitswilliger, deren Beweggründe sehr unlauter sind. Bekannt ist das Treiben gewisser Agenturen, die immer Leute „auf Lager“ haben, und diese bald hierhin, bald dorthin auf Anruf verschicken, wo gerade gefressen wird. Das sind gar nicht „Arbeitswillige“ im wahren Sinne des Wortes: Abenteuer nennt sie das Urteil im Moabit-Prozess, Leute, denen an der Arbeit blutwenig, desto mehr an guter Bezahlung und Beköstigung liegt, die das ungebundene, aufregende Leben lieben, heut im Osten und übermorgen im Norden sich herumzuschlagen, gemeinschaftliche Demuzianten und Krafteiler, bei denen Revolver und Messer sehr lose sitzen. Wie oft provozieren Arbeitswillige den Skandal, für den die Streikenden dann bestraft werden; wie oft haben die Gerichte die Glaubwürdigkeit und Lebensscholtheit der Arbeitswilligen bezweifelt; wie häufig haben Arbeitgeber zu spät eingesehen, daß mit solchen Leuten weder ein Staat, noch ein Geschäft zu machen ist. Und wenn freiziehenden Arbeitern, denen die „Hingegarde“ in den Rücken fällt, dann die Wut zu Kopfe steigt und die Erbitterung in die Fäuste fährt, so soll das nicht beschönigt werden, aber menschlich begreiflich ist es. Auch in anderen Berufs- und Gesellschaftsklassen gibt es „Streikbrecher“, und auch hier verfährt man nicht lächerlich mit ihnen. Jüngst lasen wir, daß bei der Behandlung der Eingeborenen in unserer Schutzgebiete vor allem ihr Rechtsempfinden berücksichtigt werden soll. Vortrefflich! Aber wir vernüssen oft bitter das Verständnis für das Rechtsempfinden unserer Arbeiter, die unter derben Formen meist ein feines und richtiges Gefühl für Gerechtigkeit und Ehre haben. Bei den Kämpfen der organisierten Arbeiter gegen die „Arbeitswilligen“ Kollegen beweisen hingegen die Gerichte ein sehr weitherziges Empfinden für die Notwendigkeit, ja sogar für die Uebergriffe der Solidarität.“

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen wird jetzt in den Vierteljahrsheften der deutschen Reichsstatistik veröffentlicht. Insgesamt waren im Jahre 1910 in Betrieben mit wenigstens 10 Personen 1 432 537 Arbeiterinnen beschäftigt. Davon waren: über 21 Jahre alt 770 336, im Alter von 16—21 Jahren 489 120, im Alter von 14—16 Jahren 167 225 und Kinder unter 14 Jahren 5856. Die Zahl der Betriebe, welche Arbeiterinnen beschäftigen, beträgt 93 135. Die größte Anzahl Arbeiterinnen, nämlich 484 000, weist die Textilindustrie auf. Das Baugewerbe steht mit 910 an der letzten Stelle. In unserer Industrie sind ungefähr 150 000 Arbeiterinnen tätig, welche folgenden Altersklassen angehören: Kinder unter 14 Jahren 484, im Alter von 14—16 Jahren 16 058, über 16 Jahre alt sind 131 677 Arbeiterinnen. Mit Rücksicht auf diese große Zahl Arbeiterinnen ist deren Organisationsverhältnis sehr schlecht. Unseren Kollegen erwächst daraus die Pflicht, sich mehr als bisher um die Gewinnung der Arbeiterinnen zu bemühen.

Aus der Metallindustrie. Die Verschmelzung des Bergischen Gruben- und Hüttenvereins in Hochdahl mit dem Hochdahlwerk Lübeck ist jetzt endgültig beschlossen worden. — Ebenso ist die Fusion zwischen Humber-Friede, Manschaft in Raff, der Sieghelmischen Hütte und der Düsseldorf Drahtindustrie perfekt. — Das deutsche Messinggewerbe will am 24. Januar in Frankfurt a. M. zusammenkommen, um eine Preisvereinbarung vorzubereiten. Die Maschinenfabrik Goring in Düsseldorf erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre nach 48 769 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 38 133 M. Davon erhalten die Aktionäre 22 000 M. — 2 Proz. Dividende. — Beim Eisenwerk Wülfel-Hannover beträgt der Reingewinn nach 133 000 M. Abschreibungen 536 000 M. (i. V. 414 000 M.). Die Aktionäre erhalten davon 200 880 M. gleich 12% Dividende (i. V. 167 400 M. = 10%). — Das Stahlwerkstartell verlor im Jahre 1911 an Halbzug, Formeisen und Eisenbahnmaterial insgesamt 5 812 812 Tn. gegen 5 206 615 Tn. im Jahre 1910. Die Zunahme beträgt also in diesen Sorten 11%.

Das kann ja nett werden! Die „Metallarbeiter-Zeitung“ freut sich schier aus Rand und Band über den „glänzenden Sieg“ der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen. „Damit beginnt eine neue Epoche in der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches“, verkündet sie mit Pathos. Muß das Blatt seine Leser doch nicht einschämen, daß es ihnen so einen Haken aufbinden zu können glaubt. Aber schon gleich in der folgenden Spalte hat die „Metallarbeiter-Zeitung“ trotz der beginnenden „neuen Epoche“ wieder das bekannte „Saar in der Dauter“ gemahnt. Mit dem „glänzenden Sieg“ ist's natürlich wieder nichts — deut-

so meint das Blatt ganz zutreffend:

„Es liegt auf der Hand, daß die Sozialdemokratie allein zur Durchführung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse trotz der erstenlichen Zunahme leider noch immer zu schwach ist.“

Das ist nun für die Protesten, denen die „Metallarbeiter-Zeitung“ den roten Stimmzettel als Mittelmittel aufschwang, gewiß ein schlechter Trost. Aber das Blatt weiß sich zu helfen. In seiner Nr. 3 bespricht es den bekannten ruffähigen Begasus, um die Massen nochmals „Zum Sturm! Zum Sturm!“ mit dem papiernen roten Stimmzettel auf „Zwing-Uris Färme“ zu begeistern. „Triumph! Das war ein jach Gewitter. — Die roten Blitze trafen gut“ — „Zwing-Uris Lärme hier und da — — Stürzt euch jetzt wie das Wetter drauf. — Wie es die Welt noch niemals sah, — Und pflanzt die roten Fahnen auf!“ — So das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Werden die Leser dieses Blattes, die die Munition für die „rote Blizerei“ blechen mußten, nun aber enttäuscht sein. Der ganze Miß also mit dem Aufpflanzen der „roten Fahnen“ sein Bemenden haben. Einstweilen unser Beileid.

Im übrigen aber können wir uns nicht zu dem Köhler-Fahren eine „neue Epoche“ gemacht werden kann — weil wir, um mit Legien zu sprechen, vernünftige Menschen sind und zu viel gesehen haben, um das glauben zu können. Als christliche Gewerkschaftler verlegen wir uns darum nach wie vor auf die positive Arbeit, die für praktische Erfolge führt.

„Ist das auch christlich?“ Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fühlt sich im Wahlinteresse der sozialdemokratischen Partei bemüht, „Märtyrer“ zu sammeln. Da die Tartarennachrichten den Stempel des Schwindels an der Stirn tragen, fällt kein vernünftiger Mensch darauf herein. Immerhin ist es nützlich, die rote Brunnenvergiftung aufmerksam zu verfolgen und die Wahlernten abzuschlechten. In echt pharisäischer Weise verzieht das genannte Blatt seine Schwindelnotizen mit obiger Ueberschrift. In der vorigen Nummer konnten wir ihm nachweisen, daß seine „Märtyrenotiz“ aus Immenien eine faulstüchtige Lüge war. Nicht besser geht es ihm mit der Tartarennachricht aus Neumarkt (Oberhess) in seiner neuesten Nr. Der Münchener „Arbeiter“ schreibt zu dieser roten Wahllüge in Nr. 3: „Der rote Bruder ist auf seiner Wanderung durch die Dörfer in einen Wald geraten und konnte nicht mehr nach Neumarkt zurück; er übernachtete in Krondorf, 3 Stunden von Neumarkt, in munterer Stimmung; kein Mensch hatte ihn angezogen; am nächsten Tage kehrte der Mann mit dem „gepaltenen Schädel“ frühlich zu Muttern zurück. Der „Vorwärts“ berichtet nun, es bestätige sich glücklicherweise nicht, daß dem toten Flugblattverfeiler der Schädel gespalten worden sei, aber er sei arg mißhandelt worden; doch seien seine Verletzungen, wie es scheint, nicht lebensgefährlich. Das ist denn doch ein kaum noch begreiflicher Schwindel.“

„Wie es scheint“, haben die Genossen hartnäckigerweise auf den Tod des Soldaten gewartet, vielleicht um dem Genossen Gruber von München Gelegenheit zu frommem Wahlabgebet zu geben, da er darin einige Erfahrung besitzt. „Wo die „Metallarbeiter-Zeitung“ muß schon mit wahren „Tatsachen“ kommen. Arbeitet sie weiter mit Tartarennachrichten, dann glauben ihr schließlich die ältesten Frauen von Stuttgart nichts mehr.“

Nicht christlich ist es, wie die sozialdemokratischen Fanatiker ihre anders denkenden Arbeitskollegen drangsalierten. Ueber einen solchen Fall berichtete die „Münchener Zeitung“ am 11. Januar aus Remscheid. Wir lesen da:

„Der Arbeiter Steinig stürzte sich aus dem dritten Stockwerk auf das Straßengiebel: er erlitt lebensgefährliche Verletzungen. In einem Brief, den er zurückgelassen hatte, gibt er an, daß er durch seine sozialdemokratischen Arbeitskollegen fortgesetzt drangsaliert worden sei, weil er ihrer Partei nicht angehöre. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.“

Trotzdem: Die Sozialdemokratie ist unerschuldigt an solchen Vorkommnissen. Sie ist die Partei der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wer will es ihr denn krumm nehmen, wenn sie denen ihre menschenfreundlichen Bestrebungen mit dem Gemeinnützlich auszuweint, die sonst partout nicht daran glauben wollen. Christlich ist's zwar nicht — aber sozialdemokratisch.

Daß „freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie eines Wesens und eines Stammes sind, ist eine allbekannte Tatsache. Doch es genügt den „freien“ Gewerkschaften nicht mehr, die Mitglieder zu Sozialdemokraten zu machen und der Ampurpartei die Arbeitergewissen zuzuführen. Sie kommandieren jetzt ihre Mitglieder nach dem Ute zur Wahlarbeit für die sozialdemokratische Partei, wie wir in Nr. 1 in einem Falle aus Mühlhausen i. G. nachweisen konnten. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband fordert von seinen Mitgliedern, daß sie sozialdemokratisch wählen. Bei den letzten Münchener Stadtratswahlen richtete der Bevollmächtigte Hans Jählinger vom „freien“ Metallarbeiterverband ein Zirkular an die Mitglieder, worin zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert wurde. Zum Schluß heißt es in dem Mundschreiben:

„Ferner ersuche ich Sie, beiliegende Karte zur Wahl mitzubringen und am Standquartier der Sozialdemokratischen Partei abzugeben zu lassen. Die Karte bleibt dann in Ihrem Besitze. „Mit auf zur Wahl!“ Mit kollegialen Gruß Hans Jählinger.“

Bei den jetzigen Reichstagswahlen wurde nicht anders verfahren. Die „rote“ Kontrollkarte für die „freien“ Gewerkschaftler sieht so aus:

Reichstagswahl 1912. Dem Inhaber dieser Kontrollkarte wird bestätigt, daß er zur Reichstagswahl 1912 gewählt hat: Wahlkreis . . . Wahlbezirk . . . (Stempel). Diese Karte ist am Wahltage in dem Standquartier der sozialdemokratischen Partei unter allen Umständen abzugeben zu lassen.

„Unter allen Umständen“ werden also die mit dem Abder „Neutralität“ für die angeblich „freien“ Gewerkschaften eingegangenen Arbeiter vor den roten Parteikarren gespannt. Die rote Partei aber erzeigt sich dafür hinüberdem dankbar, indem sie diesen selben Gewerkschaften gelegentlich wieder einige Knüttel in die Rücken steckt. Es wäre zum Lachen, wenn nicht auf diese Weise jahraus jahrein soviel gesunde Volkskraft nutzlos verpulvert würde. Dies ist in der Tat bedauerlich. Für unsere Kollegen aber sollte der Eifer der Gegner ein Hypnoson sein, ihre Person noch mehr als dies bisher gesehen, in den Dienst unserer Sache zu stellen.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**M.-Gladbach.** Die Firma Scheidt und Bachmann Eisenbahnwagen-Bauanstalt und Eisenleferer, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterchaft ausgesperrt. Zugzug ist streng fernzuhalten.

**Neppen.** Die Neppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Zwifringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Metallarbeitern aller Branchen und Disziplin ist streng fernzuhalten.

**Gevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Ehrhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Vertilgung von Mißständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik. Krefeld. Sämtliche Hießereiarbeiter der Firma Schürs stehen im Streik. Zugzug ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des abschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 17 zu melden.

**Werdohl.** Ueber die Firma Beckardt und Gerlach, Klempnerfabrik in Scherze-Wörde, ist zwecks Verteidigung des Koalitionsrechtes die Sperrverhängt worden.

**Schweizer.** Bei der Firma Schweizer-Maschinenbau-Gesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Eisenbrechern, Hoblern, Fräsern u. c. ist streng fernzuhalten.

**Serne.** Auf der Maschinenfabrik Baum sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug vom Maschinenbau-, Eisenkonstruktions- und Metallarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Zugzug ist fernzuhalten.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Januar 1912 der fünfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar 1912 fällig.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**München.** Am 15. Januar hielt unsere Ortsgruppe die erste Versammlung im neuen Jahre ab. Kollege Rauch hieß die Kollegen willkommen mit dem Wunsch, daß auch das neue Jahre für unsere Sache ein fruchtbares werden möge. Kollege Hampp, Geschäftsführer des christlichen Schneiderverbandes hatte das Referat: „Rückblick und Ausblick im Gewerkschaftsleben“ übernommen. Wie in der Natur die einzelnen Epochen immer wieder Hoffnung auf bessere Zeiten geben, so geht es auch im gewerkschaftlichen Leben. Nach dem strengen Winter, wo der Ausbau der Organisation nach innen und nach außen vor sich gehen muß, folgt der Frühling, der die Kollegialität und Solidarität der Berufsangehörigen in gesteigertem Maße in sich birgt. Der Sommer ist die Zeit der Erholung, wo der Gewerkschaftler aus der Großstadt hinausgeht in Gottes herrliche Natur, wo er sich frische Kräfte sammelt, um den Kampf des Alltagslebens mit Erfolg bestehen zu können. Weiter soll aber auch diese Zeit benutzt werden, den Gedanken der Gewerkschaftsbewegung hinaus zu tragen in die ländlichen Kreise. Wenn diese drei Perioden im Sinne des Aufbaues der Organisationen benutzt werden, dann kann und muß die Ernte des Herbstes eine gute werden. Der christliche Metallarbeiterverband hat es verstanden, im verflochtenen Jahre seine Reihen zu stärken und seine Finanzen auszubauen. Aber auch ernste langwierige Kämpfe mußten geführt werden, um die Lebenslage der Kollegen zu heben. Das verflochtene Jahr war reich an Kämpfen und Erfolgen. Redner wies auf die verschiedenen Bewegungen hin und kam sodann auf das Verhalten unserer Gegner zu sprechen, die auch Bewegungen geführt haben, die jedoch durch ihre ungeschickte Taktik leider meist zu Ungunsten der Arbeiter endeten. Es wurde auf Pforzheim und Dortmund verwiesen, wo der Mißerfolg lediglich dem Größenwahne der sozialdemokratischen Führer und ihrem Haß gegen den christlichen Metallarbeiterverband zuzuschreiben war.

Solche Vorkommnisse können in Zukunft nur vermieden werden durch Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes. Weiter wies Kollege Hampp auf die Stellung bäuerlicher Kreise gegenüber unserer Bewegung hin und betonte, daß es hier in den meisten Fällen Unkenntnis sei, die zu einem abschließigen Urteil führe. Das Verhalten der christlichen Gewerkschaften muß es sein, mehr wie bisher gerade in den Kreisen Aufklärung zu schaffen über unsere Aufgaben und Ziele. Wenn dieses geschieht, dann würde auch der Ruf nach „Schutz der Arbeitswilligen“ aus jenen Kreisen verkommen. Kollege Hampp zeichnete die Erfolge des vergangenen Jahres und wies darauf hin, daß auch das neue Jahre 1912 uns manche Arbeit und manche Kämpfe bringen würde. Mit dem Wunsche, die alte bewährte Opferwilligkeit und die eifrige Agitation für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auch im neuen Jahre zu betätigen, schloß Redner seine Ausführungen.

In der Diskussion brachten Kollege Wagner und Hoffmann noch einige wichtigen Vorkommnisse zur Sprache. Insbesondere wies Kollege Wagner auf die Aufgaben und Pflichten der Vertrauensleute hin und ermahnte zu eifriger Versammlungsbefuch im neuen Jahre und zu eifriger Arbeit für unsern Verband. Der weitere Verlauf der Versammlung brachte dann noch manche interessante Erfahrungen der Kollegen zutage, die in der kommenden Zeit für die Agitation fruchtbar gemacht werden sollen.

**Hann i. Westf.** Ueber eine interessante Gewerbegerichtsverhandlung berichteten kürzlich die Tagesblätter. Um sich dagegen zu sichern, daß Arbeiter aus ihren Betrieben infolge des Angebots höherer Löhne zu anderen Firmen übergingen, hatten in West mehrere Werke ein schriftliches Abkommen getroffen, daß ein Arbeiter, der nicht einen Abwehrschein vorlegen könne, auf einem Vertragswerke keine Arbeit erhalten dürfe. Ein Maschinenist war nun von einer der

beteiligten Firmen ohne Kündigung entlassen worden. Man hatte ihm den Abwehrschein verweigert. Der Versuch des Entlassens, eine neue Arbeitsstelle zu bekommen, schlug fehl. Hierauf klagte der Mann auf Zahlung von 137,33 M. als Schadenersatz. Vor dem Gewerbegericht in Metz wurde auf Vorschlag des Gewerbegerichtsvorsitzenden folgender Vergleich geschlossen: Die beklagte Firma zahlt an den Kläger 80 M. Entschädigung. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Vertrag den guten Sitten zuwider laufe.

Auch in Hamm besteht dieses Sperrsystem. Hier sind aber nicht nur diejenigen Arbeiter von einer Weiterbeschäftigung in ihrem Berufe ausgeschlossen, die ohne Kündigung entlassen worden sind, sondern jeder, der auf einem der hiesigen Werke auftritt. Er muß erst drei Monate in die Fremde und die Abwehr von einem auswärtigen Werke vorlegen können. Hindernisse häusliche Verhältnisse hieran, kann er seine Strafzeit auf den hiesigen Bechen absolvieren oder er ist gezwungen, drei Monate Fuhrmann oder Bauhilfsarbeiter zu spielen. Wenn dann am Jahreschluss die Zeitungen melden, daß sonderbare Publizare auf den hiesigen Werken besetzt und gefeiert wurden sei ein Beweis für das gute Einvernehmen zwischen den hiesigen Werken und den Arbeitern, so stimmt das nur zum Teil. Mancher Arbeiter wird durch das Sperrsystem gezwungen, „Subilar“ zu werden. Warum läßt man dem Arbeiter seine Freizügigkeit nicht? Werke, die etwas auf ihren Ruf halten, sollten es ablehnen, mit solch brutalen Mitteln, die gerichtlich als den „guten Sitten zuwiderlaufend“ bezeichnet werden, die Arbeiter an sich zu fetten. Selbst beanspruchen sie die größte Freiheit im Konkurrenzkampf, aber den Arbeitern will man diese Freiheit nicht zugestehen.

Merkwürdig ist, daß es noch Arbeiter gibt, die eine solche Entrechtung mit dem größten Gleichmut ertragen. Sie fühlen gar nicht das unwürdige einer solchen Behandlung. Wenn die Arbeiter auf einem hiesigen Werke Arbeit angenommen haben, haben sie sich mit dem Gedanken abgefunden, daß es mit Schwierigkeiten verbunden ist, wenn sie ihre Arbeitsstelle einmal wechseln wollen; sie fühlen wohl, daß sie keine Freizügigkeit mehr haben, aber sie schleppen ihre Ketten ruhig weiter, als wenn es so sein müßte. Sie schimpfen und murren hin und wieder einmal, wenn ihnen das „gute Einvernehmen“ allzu deutlich zum Bewußtsein gebracht wird, aber sie machen keine ernsthafte Anstrengung, um diesem ungerechten und unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Sie schlafen ruhig weiter — und nach einigen Jahren sind sie dann als „Jubilare“ wieder ein Beweis mehr für das „gute Einvernehmen“.

Metallarbeiter von Hamm, soll das so bleiben? Zieht endlich die Konsequenz aus dem Verhalten der Arbeitgeber. Gewiß wünschen auch wir ein gutes Verhältnis mit dem Arbeitgeber, aber man soll dieses Verhältnis nicht mit Gewaltmitteln herbeiführen. Man hat kein Recht, auch in der Verletzung eurer Arbeitskraft zu behindern. Erhebt laute Protest gegen diese Einschränkung eurer Rechte, indem ihr bis zum letzten Mann eurer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband beitrete. Nur durch Einigkeit ist es möglich, eure Menschenrechte zu erkämpfen.

**Essen.** Sozialdemokratische Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten. Wie weit die sozialdemokratische Bekämpfung anders gestimmter Arbeiter und der Kunde daß gegen die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter sowie deren Angestellte geschieht ist, wird wieder einmal an einem Beispiel aus der Stadt Kettwig treffend bewiesen. Bei der Firma **Marsteller & Killmann**, Metallwarenfabrik in Kettwig haben vor etwa 14 Tagen die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter unter Kontraktbruch die Arbeit niederggelegt. Der Grund zu diesem Vorgehen war ein direkt unsinniger und beweist, wie frivol von den Sozialdemokraten angebliche Streiks inszeniert werden.

Etwa vier Wochen vor Weihnachten war zwischen einem christlich organisierten Arbeiter **J.** und dem in Kettwig sich als Hauptthel der Sozialdemokratie fühlenden Genossen **Dehne** ein Streit ausgebrochen, der in Tätslichkeiten ausartete und zur Entlassung beider Beteiligten führte. Nach näherer Untersuchung des Streites und nachdem sich herausstellte, daß der christlich Organisierten weniger Schuld traf, wurde dieser am 8. Januar wieder eingestellt. Sofort verlangten nun die freigeorganierten Genossen von der Firma auch die Wiedereinstellung ihres Genossen **Dehne** — oder die Entlassung des **Christlichen**, welchem Verlangen die Firma selbstverständlich nicht nachkam. Was nun tun? Es gab für die freigeorganierten kein anderes Mittel als das der Arbeitsrückstellung. Sofort legten zunächst die Klempner die Arbeit nieder. Als die Firma sich auch dann noch nicht dem Willen der Genossen beugte, traten sämtliche, im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierte Genossen in den Aufstand.

Wenn sozialdemokratischerseits einmal allen gewerkschaftlichen Grundrissen zuwider gehandelt worden ist, dann hier. Die sozialdemokratischen Arbeiter wiegten sich in dem albernen Gedanken, die Firma könne ohne sie nicht auskommen. Als aber durch Vermittlung der Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes — dessen Vernichtung das Vorgehen der Genossen bezwecken sollte — der Firma Ersatzkräfte gestellt wurden, mußten die Ausständigen wohl zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es auch ohne sie geht. Mehrere ihrer Arbeitsplätze wurden in den ersten Tagen besetzt. Sofort begann nun eine ganz unerhörte Belästigung der Neueingestellten und der Neuzustellenden. Künstlich wurde die frivole Arbeitsrückstellung zu einem „Streik“ gestempelt, um so die Arbeitswilligen als „Streitreuer“ erscheinen lassen zu können. Die Aufkommen werden wie folgt begründet: „Man sollte die Streitreuer totschlagen“, „lezendes Gefindel“, „das Genid muß man ihnen umdrehen“ und dergleichen. Als diese Begründung nicht den gewünschten Erfolg hatte, griff man zu höherem Mitteln. Beim Logiswachen wurden die christlichen Arbeiter verfolgt, sodaß sie ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Zu Tätslichkeiten ist es seitens der Genossen auch schon gekommen. Am Mittwoch, 17. Januar, mittags gegen 2 Uhr wurde der Beamte **Gr.** des christlichen Metallarbeiterverbandes von einem der roten Ausständigen **Hinterhaus** angefallen und zu Boden geschleudert. Ein Arbeiter namens **Ku** mußte dies Helbenstück ausführen. Beim Suchen nach einem Schutzmänn war sowohl in den Straßen wie auch auf dem Rathaus keine zu finden. Die „Streitreuer“ halten sich jetzt den ganzen Tag zwischen Bahnhof und Fabrik auf und jeder, der verdächtig erscheint, bei der Firma **Killmann** in Arbeit zu treten, ist Anpöbelungen und

Tätslichkeiten ausgesetzt. Freitag mittag wiederholte sich das Beispiel von Mittwoch. Als unser Beamter **B.** einen bei der Firma **Neuereitenden** begleitet hatte und sich auf dem Rückwege zum Bahnhof befand, wurde er zuerst von dem Genossen **D.** angesprochen. Beim Weitergehen wurde **B.** von den andern Genossen, die in Gruppen zusammenstanden und offensichtlich auf ihn gewartet hatten, angezerrt; einer holte ohne weiteren Grund mit der Hand zum Schläge aus, der aber glücklicherweise pariert wurde. Dann stürzte die ganze Motte wie eine Horde heulender Prärievögel auf **B.** zu, sodaß demselben nichts übrig blieb, als die Flucht zu ergreifen. Mit Steinen warf man hinter ihm her, und Rufe wie: „Laß dich nicht wieder in Kettwig sehen, lebendig kommst du nicht wieder heraus“, schallten ihm nach. Es ist besonders die Strecke zwischen dem Bahnhof und den ersten Häusern, wo auf weiter Strecke kein Haus steht, wo sich diese **Rombies** aufhalten. Hier glauben sie ungehindert haufen zu können.

Wenn aber die sozialdemokratischen Kettwiger Metallarbeiter glauben, die Bekämpfung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch die oben geschilderten Gewalttätigkeiten noch weiter treiben zu sollen, dann sind sie doch sehr auf dem falschen Wege. Gegen solche Terroristen gibt es noch andere Mittel und die Beteiligten sollen nicht hinterher flagen und klagen, wenn ihnen ein gebührender Denksattel verabreicht wird.

Mit der so frivol und unüberlegt inszenierten Arbeitsniederlegung bei der Firma **Killmann** zwecks Erzwingung der Entlassung eines christlichen Arbeiters, werden die Genossen ein trauriges Fiasko erleben, oder haben es vielmehr schon erlebt. Das Nachspiel könnte noch schlimmer werden. Was aber sagt wohl die Essen er Ortsleitung und die „Metallarbeiterzeitung“ zu dem Spiel ihrer Getreuen in Kettwig, was doch allen gewerkschaftlichen Grundrissen Hohn spricht? Die leitenden Personen scheinen durch ihre Tätigkeit für die Reichstagswahl an ihre gewerkschaftlichen Arbeiten überhaupt nicht zu denken. Der denkende Teil der deutschen Metallarbeiterschaft macht sich schon seinen Verz darauf, der sicher nicht im Sinne des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ausfallen wird.

**Schweibitz.** Zu der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung unserer Ortsgruppe hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende Kollege **Wels** referierte eingangs über die Notwendigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes für das Elsaß. Ausgehend von den Organisationsbedingungen für das sportliche und gesellige Gebiet bestanden, zeigte er, wie solche für das wirtschaftliche Gebiet noch viel wichtiger und notwendiger seien. Die Entwicklung des Organisationswesens, von dem der Handwerker und Gesellen des Mittelalters bis in die heutige kapitalistische Wirtschaftsepoche hinein schilderte **Rebner** in sachlicher und klarer Weise. Leider sei die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber gleich bei ihrem Entstehen von der Sozialdemokratie beeinflusst worden und noch heute seien die sogenannten „freien“ Gewerkschaften nach Bismarck und Schliche eins mit der sozialdemokratischen Partei. Daß diese Gewerkschaften sich mit vollem Bewußtsein zu Rekrutenschulen für die Umsturzpartei hergaben, daß hätte sich namentlich erst wieder bei der letzten Wahlkampagne gezeigt, wo ihre Organe offen in sozialdemokratischer Propaganda machten und ihre Ortsverwaltungen tausende und abertausende Mark von den Beiträgen der Mitglieder für den roten Wahlfonds opferten. Auch im Elsaß betrieben die freien Gewerkschaftler dieselbe Kampfweise wie in Mitteldeutschland.

Für uns christl. Metallarbeiter aber biete unser Elsaß noch ein großes Betätigungsfeld; denn von den vorhandenen etwa 19 000 Metallarbeitern sind erst wenige organisiert. Sehr vieles sei hier noch zu tun, um die Lohnverhältnisse auf einen ben Lebensmittel- und Wohnungspreisen angemessene Höhe zu bringen. Auch in anderer Beziehung lassen unsere Arbeitsverhältnisse noch alles zu wünschen übrig. Wir haben keinen Arbeiterauschuss, kein Gewerbegericht; mit unserer Vertretung in den Krankenkassen ist es ebenfalls noch schlecht bestellt; wir haben auch noch keine Tarifverträge, wodurch unsere Existenz wenigstens einigermaßen sichergestellt werden könnte.

Wohl sind aber auch hier im Elsaß schon Anfänge in der Richtung des von uns erstrebten Zieles zu verzeichnen. In **Mülhausen** bei der **Elsässischen Maschinenfabrik** und der Firma **Schulz** gelang es unseren Verbandskollegen, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu erlangen. Auch hier in Schweibitz auf den Maschinenfabriken **Grün** u. **Schlumberger** wurden Lohnforderungen eingereicht. Ist der Erfolg hier auch bis jetzt noch nicht da, so sind wir doch jetzt entschlossen, nicht nachzulassen, bis wir unsere gewiß berechtigten Forderungen durchgesetzt haben. Vorbedingung dazu aber ist, daß jeder Kollege alles daran setzt, unsern christlichen Metallarbeiterverband durch Zuführung der uns noch fernstehenden Arbeitskollegen weiter zu stärken. Durch ihren Beifall bekundeten die Kollegen, daß sie auch in Zukunft in dieser Richtung zu arbeiten gewillt sind. Sodann nahm die Versammlung den Kassenbericht des Kassierers entgegen, der in Ordnung befunden wurde. Dem Kassierer, Kollegen **Schellingner**, wurde Entlassung erteilt.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen **Wels** zum 1. Vorsitzenden; 2. Vorsitzender wurde Kollege **Goberlein**. Wiedergewählt zum Kassierer wurde Kollege **Schellingner**. Weiter wurden gewählt die Kollegen **Fanger** zum Schriftführer, **Waller** zum Beisitzer und **Mathias** und **Rehr** zu Revisoren. Nach einer anregenden Aussprache über einige wichtige, die Kollegen interessierende Punkte fand dann die Versammlung ihr Ende. Mögen die Kollegen nun die in der Versammlung gefaßten Vorläge in die Tat umsetzen, dann wird die Ortsgruppe **Schweibitz** schon bald mit an die erste Stelle unserer elsässischen Gruppen aufrücken dürfen. **F. J. B.**

### Sterbetafel.

**Grevenbroich.** Am 6. Januar starb unser Kollege **Josef Romberg** im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.

**Stretzede.** Am 15. Januar starb unser treuer Kollege **Jakob Widmann** im Alter von 56 Jahren infolge Nervenzerrüttung.

Ehre ihrem Andenken!

### Briefkasten

Die Bekanntmachungen für den Versammlungskalender können auch für das ganze Jahr zusammen eingesandt werden. Es empfiehlt sich das sogar für solche Ortsgruppen, die ihre Versammlungen an einem bestimmten Tage im Monat abhalten.

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 27. Januar.

- Angsburg.** Generalversammlung, abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“, Wintergasse.
- Düsseldorf-Ratingen.** Generalvers., abends 9 Uhr bei Paul, Bahnstr.
- Essen.** Abends 8.30 Uhr im Weimar'schen Hof.
- Essen-Bergedorf.** Abends 8 Uhr bei Weßhoff.
- Essen-Altenessen-Nord.** Abends 8.30 Uhr bei Böhmer, Altesseuerstr.
- Freiburg i. B.** Generalversammlung, abends 8 Uhr im Gantnerbräu, 2. Stock (Saal). Alle erscheinen.
- Geselsberg.** Abends 8.30 Uhr bei J. Schiller, Mittelstr.
- Radolfzell.** Generalversammlung im Hotel Wilkorta. Erscheinen ist Pflicht.
- Schw.-Gmünd.** Generalvers., abends 8 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Ulm a. D.** Generalvers., abends 8.30 Uhr im Herrenkellerhof, L.-D.: Geschäfts-, Kassenbericht und Wahlen.
- Wiesbaden.** Sonntag, den 28. Januar.
- Wittling.** Generalvers., vorm. 9.30 Uhr im Lokal (hinteres Neben-zimmer), Rechnungsablage, Neuwahl.
- Amberg.** Generalversammlung, vorm. 10.30 Uhr im Kochkeller. Jahresbericht, Kollege **Seiff.**
- Amberg-Weichenbach.** Generalversammlung, nachm. 4 Uhr zur schönen Aussicht. Jahresbericht, Kollege **Seiff.**
- Berlin-Oberbismarck.** Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Olesch, Bismarckstr. 16.
- Düsseldorf-Berth.** Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Rampenscher, Mittelstraße. Unentschiedenes Fehlen wird bestraft.
- Düsseldorf-Oberbiff.** Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Fäcker, Am Markt, Köhlerstraße.
- Duisburg-Neudorf.** Vorm. 11 Uhr bei Haverkamp, Kammerstr.
- Duisburg-Neiderich.** Generalversammlung, nachm. 4 Uhr bei Haverkamp, Garsbrückerstr.
- Duisburg-Großenbaum.** Generalversammlung, nachm. 5 Uhr bei Greenerth am Bahnhof.
- Dortmund-Wastrop.** Vorm. 11 Uhr bei Stewerding.
- Dortmund-Görne.** Vorm. 11 Uhr bei Drees, Kaiserstr.
- Essen (Christverwallung).** Generalvers., vorm. 10.30 Uhr im Vereinshaus „Eisen-Beck“, Unterborsstr. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Außerst wichtige L.-D.
- Freilingsdorf.** Generalversammlung, morgens 11 Uhr bei Hugo Freilingsdorf.
- Frankfurt a. M.-Geddernheim.** Generalvers., nachm. 4 Uhr im „Malerhof“.
- Fulda.** Nachm. 4 Uhr in Pilgerzell bei Fulda.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Vorm. 11 Uhr im „Austria-Restaurant“, Bodumerstr.
- Gelsenkirchen-Bulmke.** Nachm. 4.30 Uhr mit Frauen bei Weßhede.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Hamburg.** Generalvers., nachm. 2.30 Uhr bei Schröder, Talstr. 97, abends 8 Uhr Zusammenkunft mit Familie.
- Hamm.** Generalvers., nachm. 3 Uhr bei Heitfeld.
- Hannover-Linden.** Generalvers., nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Linden, Konradstr. 14.
- Häsel.** Generalvers., nachm. 4 Uhr bei Brinker. Wichtige Tagesordnung.
- Herdecke.** Morgens 11 Uhr bei Men.
- Karlruhe-Stillingen.** Nachm. 3 Uhr in der „Sonne“, 2. Stock.
- Köln-Voulheim.** Generalversammlung, morgens 10.30 Uhr.
- Köln-Deutz.** Nachm. 3 Uhr bei Wiesmann.
- Leipzig.** Generalvers., nachm. 2 Uhr bei Mollat. L.-D.: Jahresbericht und Vorstandswahlen.
- Mainz.** Generalvers., nachm. 4 Uhr bei Wendel, Farnikelstr. 12. Jeder Kollege muß anwesend sein.
- Millingen.** Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Bettagarten.
- Mülheim-Paffrath.** Morgens 11 Uhr bei Fischer.
- Mülhausen i. G.** Generalversammlung in der „Helvetia“, Ecke Domagaden und Bismarckstr. L.-D.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Agitation. Alle erscheinen!
- Neheim-Dhl.** Vorm. 11 Uhr bei Westermann.
- Neheim (Jugendklasse).** Nachm. 4 Uhr im Gesellenhause.
- Neheim-Wilde.** Nachm. 2 Uhr bei Haus.
- Nürnberg.** Generalvers., nachm. 2 Uhr im Gesellenhof, Tafelhofstr. 7.
- Reinichen.** Abends 8 Uhr zum „Stern“ bei Schleppl.
- Stuttgart-Fudwigsburg.** Nachm. 4 Uhr bei Helmmann.
- Stuttgart i. G.** Generalversammlung, vorm. 10 Uhr im Anker.
- Tanten.** Generalversammlung, vorm. 11 Uhr bei Romberg.

Dienstag, den 30. Januar.

**Bromberg.** Generalversammlung, abends 8 Uhr im Verbandslokal Schützenhaus „Defend“.

Freitag, den 2. Februar.

**Niederreienberg.** Generalversammlung, vorm. 11.15 Uhr im Hotel zum Deutschen Kaiser. Ref.: Kol. Scherer-Offenbach.

Samstag, den 3. Februar.

**Berlin-Mohit.** Bei Waberst, Gogrowstr. 36.

**Bole-Kabel.** Abends 8.30 Uhr bei Schürmann.

**Essen.** Generalversammlung im Lokal „Alte Krone“. Alle erscheinen.

**Hannover-Silbesheim.** Generalversammlung, abends 8.30 Uhr im Braunschweiger Hof.

**Häsel-Weßerbauer.** Abends 8.30 Uhr bei Mühsenborn.

**Hamburg.** Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstr. 97.

**Köln-Kalk.** Abends 9 Uhr bei Hüntgenberg, Breuerstraße.

**Köln-Dülken.** Generalversammlung, abends 9 Uhr bei Schmitz.

**Karlruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.

**Neheim-Sundern.** Abends 8.30 Uhr bei Funke.

**Reinichen.** Generalversammlung, abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstraße. Erscheinen Pflicht!

Sonntag, den 4. Februar.

**Berlin.** Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Straßauerstr. 53.

**Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Generalversammlung, nachm. 2.30 Uhr. Erscheinen Pflicht.

**Gladbek.** Nachm. 4 Uhr bei Nordpot. (Christl. Gewerkschaftshaus.)

**Geisweid.** Generalvers., nachm. 8.30 Uhr. Abends 8 Uhr Zusammenkunft mit Familie. Auswärtige Rebnerin.

**Hagen-Altenbagen.** Morgens punkt 11 Uhr bei Steinhans.

**Hamborn.** Generalversammlung, nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt in Marzloh.

**Karlruhe-Daxlanden.** Nachm. 3 Uhr im Gasthaus zum Strich.

**Köln-Verwaltungsstelle.** Es sollen sämtliche Sektionsversamml. aus. Um 2 Uhr findet im Gereonsbräu, Köln, Friesenstr. 26 bis 28 die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt.

**Lüdenscheid.** Nachmittags 5 Uhr Kartellversammlung bei E. Diemer mit Familienangehörigen.

**Mülheim-Sollviede.** Generalversammlung, abends 6 Uhr bei Höfel.

**Mülheim-S-Gladbach.** Generalversammlung, morgens 11 Uhr.

**Neheim-Ortsverwaltung.** Jahres-Generalvers., nachm. 2 Uhr im Gesellenhause. Ref. Bezirksf. Grotzinger.

**Oberhausen (Hild.).** Nachm. 4 Uhr bei Kemmerling, Düppelstr.

**Oer.** Generalvers., abends 8.30 Uhr bei G. Bod. Rechnungsablage und Vorstandswahl.

**Pforzheim.** Generalvers., nachm. 3 Uhr im Oberen Engel. Die auswärtigen Kollegen und Kolleginnen sind eingeladen.

**Schallmühle.** Nachmittags 5 Uhr bei Bedder.

**Stuttgart-Ortsverwaltung.** Generalvers., nachm. 3 Uhr im räumigen König.

**Sulzbach-Rosenberg.** Generalversammlung, vorm. 10.30 Uhr in Sulzbach zur Eisenbahn bei Pfeil. Jahresbericht, Kol. Seiff.

**Schwelm.** Abends 8.30 Uhr bei W. Wagener, Dittenstr.

**Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kircken, an der Meerzahnstraße.

**Wallaun.** Generalvers., nachm. 3 Uhr bei G. Gentel 14. Mitgliedsbücher mitbringen. Ref. Kol. Glerg-Siegen.

**Wiesbaden.** Die Adresse des Kassierers ist Karl Rieger, Dreher, Reiffenreuth, Biegenhallerstr. Unterstützung wird von 12 bis 1.30 Uhr ausgezahlt.